



An die
Landkreise
in Sachsen-Anhalt

Integration
Az.: 103-55/kö
Tel.: 0391/56531-20
fiebig@landkreistag-st.de

2. November 2018

Rundschreiben Nr. 558/2018

Studie zur besseren Verwaltung in der Migrations- und Integrationspolitik

Kurzfassung:

Im Rahmen einer Veranstaltung der Stiftung Mercator wurde eine Studie vorgestellt, die Handlungsempfehlungen für eine „Bessere Verwaltung in der Migrations- und Integrationspolitik“ unterbreitet. Die Studie spricht sich insbesondere dafür aus, dass Aufgaben im Integrationsbereich vorrangig auf kommunaler Ebene angesiedelt werden sollten. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge dürfe sich nicht zu einer Bundesintegrationsagentur entwickeln, sondern sollte sich auf seine Aufgaben im Asylbereich konzentrieren. Weitere Forderungen richten sich auf eine Verbesserung des Datenmanagements und auf das Asylprozessrecht.

Auf einer Veranstaltung der Stiftung Mercator wurde die Studie „Bessere Verwaltung in der Migrations- und Integrationspolitik - Handlungsempfehlungen für Verwaltungen und Gesetzgebung im föderalen System“ präsentiert. Die Studie wurde im Auftrag der Stiftung von Prof. Dr. Jörg Bogumil, Prof. Dr. Martin Burgi, Prof. Dr. Sabine Kuhlmann und weiteren Autoren erstellt und verarbeitet auch die Ergebnisse aus der Befragung zahlreicher kommunaler Praktiker. Basierend auf einer umfangreichen politik- und verwaltungswissenschaftlichen Analyse der Ereignisse seit 2015 und einer eingehenden Aufarbeitung der rechtlichen Rahmenbedingungen unterbreiten die Autoren eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen für das Asyl- und Integrationsmanagement. Aus der Vielzahl der Anregungen seien hier die folgenden, aus Sicht der Landkreise besonders relevanten herausgegriffen.

Ausführlich setzt sich die Studie mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auseinander. Die Wissenschaftler kommen dabei zu dem Ergebnis, dass das BAMF auch in Zukunft für die Durchführung der Asylverfahren zuständig sein sollte und schlagen Maßnahmen vor, um das Qualitätsmanagement zu verbessern, u. a. durch die Einrichtung eines unabhängigen Beauftragten für das BAMF.

Albrechtstr. 7
39104 Magdeburg

Tel. (0391) 56 53 1 - 0
Fax (0391) 56 53 1 - 90

verband@landkreistag-st.de
<http://www.kommunales-st.de>

Stadtsparkasse Magdeburg
IBAN: DE98 8105 3272 0037 0030 87
BIC: NOLADE21MDG

Sehr klar spricht sich die Studie dafür aus, dass Länder und Kommunen in Zukunft mehr Aufgaben im Integrationsbereich übernehmen sollten. Das BAMF dürfe schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht zu einer Bundesintegrationsagentur werden. Vor allem die Zusteuerung von Teilnehmern in die Integrationskurse müsse kommunal organisiert sein. Das entspricht - ebenso wie der Vorschlag, die Kommunen stärker als bislang in die Migrationsberatung einzubinden - auch einer Forderung des Deutschen Landkreistags.

Den Kommunen wird empfohlen, ihr Fallmanagement zur Beratung von Geflüchteten weiter auszubauen und auf integrierte Verwaltungseinheiten für Migration und Integration zu setzen, wie es sie bereits in zahlreichen Landkreisen gibt.

Die Studie greift ferner das Problem des „Förderdschungels“ auf. Dazu wird für eine stärkere Absprache zwischen den verantwortlichen Fachministerien sowie für ministerien-übergreifende Förderportale geworben. Ausführlich setzen sich die Autoren schließlich mit einer Verbesserung des Datenaustauschs auseinander und treten zu Recht dafür ein, dass das Ausländerzentralregister zur zentralen „Datendrehscheibe“ im Migrationsmanagement werden muss - ebenfalls eine Forderung, die auch seitens des Deutschen Landkreistags bereits erhoben wurde.

Eine Kurzfassung der Studie ist diesem Rundschreiben als **Anlage** beigefügt. Die ausführliche Fassung des Gutachtens (Bogumil/Burgi/Kuhlmann/Hafner/Heuberger/Krönke, Bessere Verwaltung in der Migrations- und Integrationspolitik, 2018) ist im Nomos Verlag erschienen und kann zum Preis von 79,00 Euro über den Buchhandel erworben werden.



Theel

Anlage